

**Dr. Stefan Luft**

**Präsentation des Buches „Abschied von Multikulti. Wege aus der Integrationskrise“  
am Montag, 4. Dezember 2006, in der Helene-Nathan-Bibliothek in Berlin-Neukölln**

Herr Bürgermeister,  
Herr Duhem,  
meine Damen und Herren,

ich danke Ihnen herzlich für Ihre Worte. Nach mehrjähriger Arbeit an einem solchen Buch ist man besonders dankbar, aus berufenem Munde zu hören, dass es doch gelungen ist, zu einem besseren Verständnis der Lage beizutragen und sinnvolle Wege aus der Krise aufzuzeigen. Mein Anliegen war es, die Menschen zu verstehen, die in den ethnischen Kolonien leben und arbeiten. Ihnen habe ich deshalb dieses Buch gewidmet.

Was ist das *erkenntnisleitende Interesse* dieser Arbeit? Es ist die Suche nach Antworten auf die Frage: Wie können mittelfristig französische Verhältnisse in Deutschland vermieden werden? Wie kann man dem um sich greifenden Klima der Gewalt entgegenwirken? Eine Berliner Rechtsanwältin türkischer Herkunft, Seyran Ateş, gibt ihre Zulassung zurück, weil sie der Aggressivität und der Gewalttätigkeit – ihr gegenüber und gegenüber ihren Mandantinnen – nicht mehr standhält; eine Abgeordnete des Deutschen Bundestages türkischer Herkunft, Ekin Deligöz, muss unter Polizeischutz gestellt werden, weil sie Frauen aufforderte, das Kopftuch abzulegen; zwei Berliner Jugendrichter weisen in einem jüngst veröffentlichten Interview (Der Tagesspiegel vom 23. November 2006) nachdrücklich hin auf eine neue Dimension der Jugendgewalt in den ethnischen Kolonien Berlins. All das zeigt, wie wichtig es ist, den Ursachen von Gewalt nachzugehen und nach *Wege aus der Krise* zu suchen. Um Antworten geben zu können, bin ich in drei Schritten vorgegangen:

1. *Die zeitgeschichtlichen Abläufe.* An erster Stelle steht die Frage nach den Ursachen für die heutige Lage. Dazu habe ich zunächst die Entwicklungen der vergangenen 50 Jahre untersucht: Die Anwerbung ausländischer Arbeitnehmer, die einen dauerhaften Zuwanderungsprozess auslöste und die Niederlassungsprozesse, in deren Verlauf aus „Gastarbeitern“ „Wohnbevölkerung“ wurde. Weiter geht es um die (vergeblichen) Versuche, Zuwanderung zu steuern und zu begrenzen. In diesem Zusammenhang werden auch die

politischen Debatten der 70er und 80er Jahre um Integration im Allgemeinen und die Bildungspolitik im Besonderen nachgezeichnet.

2. *Die Bestandsaufnahme*: Was kennzeichnet die ethnischen Kolonien in deutschen Großstädten? Dabei gehe ich konkret auf die Lage in Berlin ein. Die Integration in das Bildungswesen, die erhebliche Defizite aufweist, ist ein weiterer Schwerpunkt.

3. *Die Perspektiven*: Die Erfahrungen mit dem Multikulturalismus sind hier ebenso Gegenstand der Erörterung wie die aktuellen Auseinandersetzungen um Integration mit ihren vielfältigen Facetten (wie Staatsangehörigkeitsrecht, Verhältnis zum Islam, Leitkultur). Schließlich werden die Schlüsse, die daraus zu ziehen sind, präsentiert.

Zwölf Thesen möchte ich Ihnen vorstellen.

1. Das „Gastarbeiter-Modell“ funktioniert nur, wenn die Angeworbenen auch tatsächlich wieder zurückkehren. Anreize dazu gibt es nur, wenn sich das wirtschaftliche und soziale Gefälle zwischen Herkunftsland und Aufnahmeland im Laufe der Zeit stark verringert. Ist dies nicht der Fall und kommt womöglich noch politische Instabilität im Heimatland hinzu, wird aus einer ursprünglich zeitlich befristeten eine dauerhafte Zuwanderung. Das sollte bei aktuellen Überlegungen und Planungen (sowohl der „Weltkommission für Internationale Migration“ als auch europäischer Innenminister) hinsichtlich zeitlich befristeter Arbeitsmigration angemessen bedacht werden.

2. Von der Gastarbeiter-Anwerbung profitierten in erster Linie die Unternehmen. Der Staat trug die Folgekosten. Die Arbeitgeber sind daher in der besonderen Pflicht, wesentliche Beiträge zur Verbesserung der prekären Lage – auch auf dem Ausbildungsmarkt – zu leisten. Die Politik vollzog das, was die Wirtschaftsverbände forderten: Die Wirtschaft entschied über die *Zahl* der angeworbenen „Gastarbeiter“ und über deren *Verteilung* innerhalb des Bundesgebietes. Auch die „*Kettenmigration*“ nahm auf Betreiben der Unternehmen ihren Ausgang.

3. Die Mechanismen und Motive, die zu Konzentrationen im Laufe des Niederlassungsprozesses führen, sind zu vielfältig, die Widerstände gegen staatliche Eingriffe zu stark, als dass sie von Kommunalpolitik hätten wirksam beeinflusst werden können. Das

zeigen alle Erfahrungen seit den 1970er Jahren. Dazu gehört auch die 15 Jahre andauernde Zuzugssperre für Kreuzberg, Tiergarten und Wedding in Berlin. Kurzfristig löste sie Verdrängungseffekte in die benachbarten Bezirke Neukölln, Schöneberg, Charlottenburg und Spandau aus, mittel- und langfristig konnte sie die Konzentration nicht verhindern.

4. In den Armutsstadtteilen sammeln sich vor allem zugewanderte und kinderreiche Familien. Aufgrund der demographischen Veränderungen werden Kinder in den Städten künftig mehrheitlich in den Armutsstadtteilen aufwachsen, was erhebliche Auswirkungen auf die Entwicklung kultureller Kompetenz hat.

Ethnische Kolonien sind in Deutschland in vielen Fällen zu *Mobilitätsfallen* und Sackgassen geworden, die eine Integrationsbarriere bilden. Sie haben sich zunehmend verfestigt und teilweise *parallelgesellschaftliche Strukturen* entwickelt. Die Folge ist ein erheblicher Druck, sich hergebrachten Normen und Verhaltenserwartungen sowie innerethnischen Rechts- und Schlichtungsinstitutionen zu unterwerfen.

Die hohe Gewaltbelastung einzelner Zuwanderergruppen ist einerseits als Reaktion auf empfundene mangelnde Anerkennung durch die Aufnahmegesellschaft zu erklären.

Andererseits zeigen breit angelegte empirische Studien, dass auch mit dem Islam im Zusammenhang stehende kulturelle Gründe als Ursachen hoher Gewaltbelastung (sowohl innerfamiliär als auch nach außen) angesehen werden müssen.

5. Die Tatsache, dass nahezu jeder zweite ausländische Jugendliche in Deutschland nach seiner hier verbrachten Pflichtschulzeit ohne jede Ausbildung bleibt und dass rund eine Million Zuwanderer in Deutschland ohne berufliche Qualifizierung leben, rechtfertigen es, von einer „neuen Bildungskatastrophe“ zu sprechen.

6. Der Multikulturalismus hat das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft nicht befördert – im Gegenteil: Die Gräben zwischen zugewanderten Gruppen und Einheimischen sind in vielen Ländern breiter geworden. Die Gründe sind in seinen Konstruktionsfehlern zu suchen: Der Multikulturalismus legt Zuwanderergruppen auf eine Identität fest. Nach diesem Verständnis bestimmt die Herkunftskultur menschliches Handeln soweit, dass einzelne Gerichte Tätern türkisch/arabischer Herkunft mildernde Umstände aufgrund ihrer Einbindung in die Herkunftskultur zubilligen. Der Multikulturalismus erweckt den Eindruck, es gehe in erster Linie darum, dass Zuwanderer ihre Andersartigkeit bewahrten.

## Wege aus der Krise

7. Keine Scheinprobleme diskutieren, auf politische Effekthascherei verzichten. Die Ursache negativer Entwicklungen liegt nicht darin, dass einschlägige Stadtviertel „schlechtgeredet“ würden. Es führt auch nicht weiter, betroffene Stadtbezirke als „Slums“ abzuqualifizieren, was sie definitiv in Deutschland nicht sind. Es gibt für die Stadtpolitik gute Gründe, ethnisch-sozialen Konzentrationen entgegenzuwirken. Dies hat auch nichts mit „Fremdenfeindlichkeit“ zu tun.

8. Keine Kapitulationsstrategie. Hinnehmen, was scheinbar nicht zu ändern ist und es dann als wünschenswert interpretieren: Diesem Muster folgt unter anderem die mit Steuergeldern geförderte Kommission „Zuwanderer in der Stadt“ der Schader-Stiftung. Hier wird den Kommunen ein Persilschein ausgestellt, auf weitere Anstrengungen zu verzichten.

9. Bevor über zusätzliche Zuwanderung gesprochen wird, müssen die gravierenden Probleme der hier dauerhaft lebenden und der jährlich neu zu integrierenden Menschen gelöst werden. Hierzu gehört auch, dass der Beitritt der Türkei zur EU und damit verbundener Wanderungspotentiale unter dem Gesichtspunkt der Integrationsmöglichkeiten der Bundesrepublik Deutschland kritisch debattiert werden muss.

10. Alle Möglichkeiten für ein verbessertes Erlernen der deutschen Sprache müssen genutzt werden. Trotz massiver Sprachförderprogramme ist es in den ethnischen Kolonien vielfach zu einer Festschreibung der Verhältnisse gekommen. Die Konsequenz muss lauten: Sprachförderung darf nicht alleine stehen, die Gelegenheiten zu Kontakten mit der deutschen Mehrheitsgesellschaft im Alltag müssen gefördert werden.

Weil es die positiven Zusammenhänge von Zweitspracherwerb und Bildungs- sowie Berufserfolg gibt, muss hier angesetzt werden. Eine veränderte Zusammensetzung der Wohnbevölkerung in den ethnischen Kolonien durch administrative Maßnahmen ist nicht erreichbar. Deshalb gibt es nur eine Möglichkeit: Die extrem hohen Anteile von Schülern nichtdeutscher-Herkunft an den Schulen in den ethnischen Kolonien müssen deutlich reduziert werden. Dies kann nur durch Festlegung von *Höchstgrenzen* und eine *gesamtstädtische Verteilung* geschehen. Die Hauptlast der Integration kann sinnvoller Weise nicht auf Dauer den sozial schwächsten Angehörigen dieser Gesellschaft weitgehend überlassen werden. Eine Verteilung über das Stadtgebiet als Ganzes kann auch das Klima zwischen jenen Zuwanderern, die gemeinhin als Problemgruppen wahrgenommen werden,

und der einheimischen Bevölkerung entspannen. Die vorgeschlagene Verteilung setzt nicht auf gemeinsames Wohnen, damit bliebe eine Balance zwischen Nähe und Distanz erhalten. Für eine Trendwende von großer Bedeutung ist der *Einstellungswandel der Eltern*. Ohne die nachdrücklich vermittelte Einsicht, dass Zuwanderer, die auf Dauer in Deutschland leben und Rechte in Anspruch nehmen wollen, eine Pflicht zur Integration haben, wird es keine dauerhaften Erfolge geben. Der Vorschlag von Bürgermeister Buschkowsky, in den sozial benachteiligten Stadtvierteln den Eltern die Beiträge für den Besuch von Kindertagesstätten zu erlassen, Beziehern von Transferleistungen allerdings die KITA-Essensgebühren bereits vorab abzuziehen, um sie auf diese Weise dazu zu bewegen, ihre Kinder dorthin zu schicken, weist in die richtige Richtung. Auch sollte der Bezug von Kindergeld grundsätzlich an den Nachweis des Schulbesuchs gekoppelt werden.

Die bereits laufenden Programme für mehr Ganztagschulen gehen in die richtige Richtung. Sie müssen verstärkt werden. Die Kinder in ethnischen Kolonien, die meist zu den *Armutsvierteln* gehören, brauchen personell und materiell besonders gut ausgestattete Schulen. Deshalb sind Modelle, bei denen Schulen mit sehr niedrigem Sozialindex ein Anrecht auf zusätzliche Mittel erhalten, sinnvoll. Die Schulen in diesen Vierteln müssen sich auf die *Familien* ausrichten, das heißt, sie müssen die Eltern in ihre Arbeit nahezu genauso einbeziehen wie die Kinder.

Das bedeutet, dass vor allem in den vorschulischen Einrichtungen ausreichend *Personal* vorhanden sein muss. Allerdings wird in den allermeisten Kommunen eher Personal abgebaut. Um der sozialen Polarisierung und interethnischen Konflikten entgegenzuwirken, sind erhebliche finanzielle Anstrengungen unumgänglich. Bund, Länder und Kommunen benötigen dafür eine solide finanzielle Basis. Die Kommunen befinden sich derzeit in einer schweren Finanzkrise. Steigende Sozialausgaben und über Jahre sinkende Einnahmen haben die Defizite in den städtischen Verwaltungshaushalten auf Rekordniveau ansteigen lassen. Die Kommunen, die bereits viel in Sachen Integration leisten, können so ihren Aufgaben, die in gesamtstaatlichem Interesse liegen, nicht gerecht werden.

11. Qualifikation ist auch für die Integration in den Arbeitsmarkt von zentraler Bedeutung. Aufgrund der günstigen Altersstruktur werden in den kommenden Jahren wesentlich mehr Ausländer (vor allem türkische Staatsangehörige) in den Arbeitsmarkt eintreten wollen als aus Altersgründen ausscheiden. Die Integration von Zuwanderern aus Drittstaaten in den Arbeitsmarkt geht seit Jahren zurück. Als ein seit Jahrzehnten gültiger Erfahrungssatz des deutschen Arbeitsmarktes gilt: „Niedrige Qualifikation – hohes Arbeitsmarktrisiko“.

Arbeitsmarktexperten kommen zu dem Schluss: „Weder ein Niedriglohnsektor noch ein Wirtschaftswachstum in realistischen Größenordnungen allein werden die Probleme der Geringqualifizierten auf dem Arbeitsmarkt lösen können.“

12. Ein öffentlich geförderter Arbeitsmarkt wird immer mehr an Bedeutung gewinnen.

Sozialhilfe wird immer mehr zur Daueralimentation größerer Bevölkerungsgruppen, die auf dem Arbeitsmarkt keine Chance haben. Bei etlichen Familien mit vielen Kindern wird dank staatlicher Transferleistungen ohne (oder nur durch geringe) eigene Arbeitsleistung ein Wohlstand erreicht, der in der Heimat nie erreicht worden wäre. Zum einen stehen für die häufig mangelhaft qualifizierten Zuwanderer und ihre Nachkommen aufgrund des Strukturwandels keine Arbeitsplätze zur Verfügung. Zum anderen besteht auch keinerlei Anreiz, durch die Aufnahme legaler Arbeit den Lebensunterhalt zu bestreiten. Ich stimme Herrn Buschkowsky zu, dass hier ein zweiter und dritter Arbeitsmarkt unverzichtbar ist.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

--

Dr. Stefan Luft  
Institut für Politikwissenschaft  
Universität Bremen  
Enrique-Schmidt-Straße 7, 28359 Bremen  
Postfach 33 04 40, 28334 Bremen

Telefon: 0421/ 218-4754  
Fax: 0421/ 218-4896  
Mobil: 0160/ 95 16 16 05

Homepage: [www.stefanluft.de](http://www.stefanluft.de)  
[www-user.uni-bremen.de/~sluft](http://www-user.uni-bremen.de/~sluft)

e-mail: [sluft@uni-bremen.de](mailto:sluft@uni-bremen.de)